

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Grunwaldt, Dennis Gladiator,
Carsten Ovens, David Erkalp (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/1465

Betr.: Fahrradstellplätze nicht gegen Autoparkplätze ausspielen

Ein moderner Mix aus Autos, Fahrrädern, Bussen und Bahnen ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Ausgestaltung der Mobilität in Hamburg. Dem Hamburger Hauptbahnhof und seinem unmittelbaren Umfeld inklusive des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) fällt bei der Verzahnung der verschiedenen Verkehrsmittel eine besondere Bedeutung zu. Daher sind Überlegungen, mehr Fahrradstellplätze oder sogar eine Fahrradstation am Hauptbahnhof einzurichten, grundsätzlich zu begrüßen.

Anders als im Vorwort und in Punkt 5. des Petitions aus Drs. 21/1465 angedacht, dürfen dafür aber keine Parkplätze beziehungsweise Parkstände geopfert werden, da die Zahl der Parkplätze in Hamburg bereits in den vergangenen Jahren stetig abgenommen hat. So hat der SPD-Senat in den vier Jahren seiner Alleinregierung seit 2011 fast 1.000 Parkplätze abgeschafft. Wie die Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion vom 9. Dezember 2014 (Drs. 20/13635) ergab, sind durch 1.059 zusätzlich aufgestellte Halteverbotsschilder, 890 Poller und andere Absperrelemente, die Busbeschleunigung, den Straßenbau sowie durch Straßenunterhaltungs- und -instandsetzungsmaßnahmen unter dem Strich mindestens 959 Parkplätze vernichtet worden. Die Dunkelziffer liegt laut Expertenmeinung deutlich höher.

Bei der sinnvollen Förderung des Radverkehrs gilt es daher, die Auswirkungen auf andere Verkehrsmittel zu berücksichtigen, so auch im vorliegenden Fall des Hauptbahnhofs. Die zukünftige Radverkehrskordinatorin des Senats hat bei ihrer Vorstellung im Rahmen der Landespressekonferenz (LPK) vom 8. September 2015 gesagt: *„Die größten Schwierigkeiten bestehen darin, dass wir einander nicht zuhören und in alten Lagerkämpfen verharren...Jeder Hamburger ist einmal alles: Wir fahren mal Fahrrad, wir nutzen mal das Auto, mal den ÖPNV, wir gehen zu Fuß.“* Dieser Appell für eine ausgewogene Politik, die die einzelnen Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausspielt, ist uneingeschränkt unterstützenswert. Dies gilt umso mehr, als dass die Parkplatzkapazitäten rund um den Hauptbahnhof bereits heute an ihre Grenzen stoßen. Verkehrsbehinderungen durch Ausweich- und Suchverkehre würden rund um den Hauptbahnhof deutlich zunehmen, wenn dort vorgehaltene Parkstände wegfielen.

Die Bürgerschaft möge das Petition aus Drs. 21/1465 daher in der folgendermaßen geänderten Fassung beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. bei der Ableitung von konkreten Maßnahmen für den Hauptbahnhof und sein Umfeld Flächen für eine Fahrradstation vorzusehen und gegenüber der Deutschen Bahn oder anderen Eigentümern zu sichern,
2. aufbauend auf den Ergebnissen der Verkehrsuntersuchung „Hauptbahnhof und Umfeld“ und unter Berücksichtigung der vorliegenden Machbarkeitsstudie eine

vertiefte Untersuchung eines favorisierten Standortes durchzuführen, um die Randbedingungen für die Realisierung zu bestimmen und die Investitionskosten zu konkretisieren,

3. ein Interessenbekundungsverfahren (gegebenenfalls unter Einbeziehung der Bahnhofsmision) für den Betrieb einer Fahrradstation am Hauptbahnhof durchzuführen, um die Betriebskosten genauer abschätzen zu können,
4. der Bürgerschaft bis 30. Juni 2016 über die Realisierbarkeit, einen Zeitplan, den Betrieb sowie die Investitions- und Betriebskosten zu berichten und
5. in der Zwischenzeit auf geeigneten Flächen nach Möglichkeit „normale“ überdachte Bike+Ride-Anlagen beziehungsweise Sammelschließanlagen (Mietplätze) aufzustellen. Sämtliche Parkstände im unmittelbaren Umfeld des Hauptbahnhofs, beispielsweise am Heidi-Kabel-Platz und/oder auf der Nordwestseite, sind von einer solchen Zwischennutzung auszunehmen und ohne Abstriche fortwährend für die Nutzung durch Pkws freizuhalten.